Thema: Staatsquote

Probleme & Wirkung

- Die Staatsquote sagt etwas über die Mentalität eines Landes aus, indem sie offenlegt, wie viel Staat sich die Bürger leisten wollen.
- Sie stellt das Verhältnis aus Haushaltsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der gesetzlichen Sozialsysteme zum BIP dar. Sie ist eine wichtige finanzpolitische Kennzahl. Ihre Veränderung gibt Aufschluss über die Entwicklung der Staatsausgaben. Sie ist ein wichtiger Indikator, der das Ausmaß staatlicher Eingriffe in das marktwirtschaftliche System und somit das Zurückdrängen privatwirtschaftlicher Aktivitäten widerspiegelt.
- Die Staatsquote von 45,6 Prozent (2006) ist im Vergleich zu den Vorjahren gesunken, aber immer noch unakzeptabel hoch. Da Staatsausgaben finanziert werden müssen, bedeutet eine hohe Staatsquote auch immer eine hohe Steuer- und Abgabenlast, gepaart mit einer entsprechenden Verschuldung am Kapitalmarkt und einem damit verbundenen Zinsanstieg.

Zahlen & Fakten

- Derzeit liegt die Staatsquote in Deutschland bei exakt 45,6 Prozent (2006). Sie lag in den 60er Jahren noch bei 33 Prozent und erhöhte sich bis zum Ende der 90er auf 49 Prozent. Spanien: 38,4 Prozent, USA: 34,5 Prozent.
- Wäre die Staatsquote heute noch auf dem Niveau von 33 Prozent (1960), lägen die Staatsausgaben um gut 284 Milliarden Euro unter dem tatsächlichen Wert von 1,05 Billionen Euro.
- **Echte Konsolidierer:** Die gesetzliche Sozialversicherung leistete gut die Hälfte des Rückgangs der Staatsquote. Die Ausgaben der Sozialversicherung verringerten sich seit 2003 um 1,3 Prozent. Die Bundesländer haben ebenfalls kräftig auf die Ausgabenbremse getreten und steuerten ein Drittel bei, indem sie ihre Ausgaben um 1,3 Prozent reduzierten.
- **Falsche Konsolidierer:** Der Bund steigerte die Ausgaben um 3,6 Prozent, die Gemeinden um 6 Prozent. Nur weil die gesamtwirtschaftliche Leistung noch stärker stieg, konnten der Bund und die Gemeinden ihre Staatsquoten senken.
- Die Investitionsbudgets wurden von 33,8 (2003) auf 32,4 Milliarden Euro (2006) zusammengestrichen. Die gesamten staatlichen Sozialleistungen dagegen expandierten um 6 Milliarden Euro bzw. 1 Prozent. Die Ausgabenstruktur in den öffentlichen Haushalten hat sich damit verschlechtert.
- Es gibt einen pos. Zusammenhang zwischen Staats- und Arbeitslosenquote. Eine 1%tige Erhöhung der Staatsquote führt zu einer 1,4%tigen Erhöhung der Arbeitslosenquote. Ursächlich dafür ist der Entzug privater Ressourcen, die dann für Investitionen nicht mehr zur Verfügung stehen.
- Schon eine Reduzierung der Staatsquote um einen Prozentpunkt bedeutet die Verringerung der Staatsausgaben um rund 20 Mrd. Euro!

Position der Familienunternehmer & Forderung

- Die Staatsquote auf max. 30 Prozent senken und verbesserte Wachstumschancen gewährleisten, sowie mehr Handlungsspielraum für privatwirtschaftliche Aktivitäten garantieren. Gerade für Familienunternehmer kann eine Senkung der Staatsquote von existenzieller Bedeutung sein. Oft drängen staatliche Betriebe in Märkte, in denen private Unternehmen tätig sind.
- Ein wesentliches Instrument zur Senkung der Staatsquote müssen umfassende Privatisierungen für alle Gebietskörperschaften sein; auch damit die drückende Zinslast vermindert wird.
- Notwendig sind ein radikaler Abbau von wettbewerbsverzerrenden Subventionen sowie die Sanierung der Staatsfinanzen durch eine Kopplung von Staatsausgaben an -einnahmen. Hierzu gehören auch echte Reformen der Sozialversicherungssysteme nach dem Prinzip: „Mehr Markt, weniger Staat“.